

KV-Nr.:

321

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 10 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

1. Neues Mandat eintragen:

Frau Dagmar Zelinski
Buchenweg 3
44217 Dortmund

2. Vermerk:

Heute erschien Frau Dagmar Zelinski in der Kanzlei und sprach bei der Unterzeichnerin vor. Sie übergab die Klageschrift der Frau Jessica Schellenberg vom 29.08.2005 nebst Anlagen. Die Klageschrift wurde ausweislich der Zustellungsurkunde am 30.09.2005 zugestellt.

Frau Zelinski unterzeichnete eine Prozessvollmacht und bat um kurzfristige rechtliche Überprüfung der Angelegenheit. Ein Termin zur Besprechung der weiteren Vorgehensweise ist für Donnerstag, den 06.10.2005, 15.00 Uhr, vereinbart worden.

Zur Sache erklärt Frau Zelinski, die Angaben in der Klageschrift seien im Wesentlichen zutreffend. Sie schildert den Vorfall wie folgt:

„Am 17.01.2002 habe ich mich auf dem Übungsgelände der Hundeschule „Vier Pfoten“ nach dem Ende der Übungsstunde mit den Zeuginnen Bergemann, Kötz und Kühne, sowie mit der Klägerin unterhalten. Wir alle hatten, wie immer, unseren Hunden nach dem Training freien Lauf gelassen, damit diese sich austoben konnten. Auf dem Gelände befanden sich darüber hinaus noch weitere Hunde. Einige von ihnen, darunter auch mein Hund Jenny und der Hund der Klägerin, hat-

Dr. Andreas Kröger*
Sebastian Kretschmer
Dr. Karsten Scherff***
Jörn Bönninger
Juliane Klein
Tanja Schmauder
Astrid Scherff
Björn Bencken**
Dr. Dieter Andersen
Dr. Johann Eiffel
Casten Jaenecke
Susanne Tietzke
Marcus Folk
Guido Imhoff

* Fachanwalt für Arbeitsrecht
** Fachanwalt für Verwaltungsrecht
*** Vereidigter Buchprüfer

Kanzleianschrift:
In der Olpe 17
44135 Dortmund
Telefon 0231/94668-0
Telefax 0231/94668-77
Email kanzlei@kroeger.de

Postanschrift:
Postfach 50 04 52
44324 Dortmund

Gerichtsfach 11

Sparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) 2039139

Deutsche Bank Dortmund
(BLZ 44070050) 10412-504

Commerzbank Dortmund
(BLZ 44040037) 1020970000

ten sich zusammengerottet und jagten als Rudel über den Platz. Dabei rannten sie einmal so nahe und so schnell an der Klägerin vorbei, dass diese erschrak und laut über ihren Hund schimpfte. Das haben sicherlich auch die anderen Damen mitbekommen. Dann unterhielten wir uns weiter. Kurz darauf liefen etwa vier oder fünf Hunde erneut dicht an uns vorbei. Einer von ihnen rannte gegen die Klägerin, die daraufhin das Gleichgewicht verlor und zu Boden ging. Wir kümmerten uns sofort um sie. Welche Hunde dieses Rudel gebildet hatten, konnte im Nachhinein keiner von uns genau sagen. Das ging alles viel zu schnell. Ich weiß nur, dass auch diesmal sowohl mein Hund als auch der Hund der Klägerin dabei waren. Ich habe jedoch nicht gesehen, welcher Hund gegen die Klägerin gerannt ist. Die Klägerin hat sich tatsächlich bei dem Vorfall schwer verletzt, ich weiß, dass sie mehrmals operiert werden musste.

Ich verstehe aber nicht, warum nun ich dafür zahlen soll. Irgendwie waren doch wohl alle Hunde aus dem Rudel an dem Unfall schuld. Die haben sich gegenseitig angestachelt, wie das eben immer so ist. Ein einzelner Hund hätte sich nicht so verhalten, schließlich sind die alle wohl erzogen. Nur wenn so viele Hunde zusammen sind und wir sie laufen lassen, fangen die an, so ein Theater zu machen. Das ist ja auch gerade das Schöne an der Sache und von uns allen gewünscht. Außerdem hätte die Klägerin ja wohl auch ein wenig aufpassen können.“

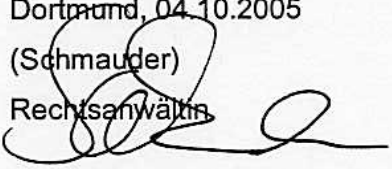
Die Mandantin möchte wissen, ob sie als Halterin des Hundes tatsächlich Schmerzensgeld bezahlen muss. Ferner äußerte sich die Mandantin besorgt darüber, dass auch mit dem nun anhängigen Prozess noch kein abschließendes Ende gefunden werden könne, da die Klägerin, soweit sie das verstehe, auch Schmerzensgeld und Schadensersatz für die Zukunft haben möchte. Damit finde die Sache wohl nie einen Abschluss. Sie möchte wissen, ob das so rechtens sei.

3. Frau Rechtsreferendarin Piepenstock mit der Bitte um Erarbeitung eines Vorschlages bezüglich des weiteren Vorgehens.

Dortmund, 04.10.2005

(Schmauder)

Rechtsanwältin



Rosemann & Partner
Rechtsanwälte und Notare

RAe Rosemann , Postfach 2533 , 44157 Dortmund

Landgericht Dortmund
Kaiserstr. 34

44135 Dortmund



Anne-Ruth Rosemann
Rechtsanwältin und Notarin

Stefan Rosemann
Rechtsanwalt und Notar

Dr. Ingo Rosemann
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht

Dr. David Sommer
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht

Unser Zeichen: I 302/05 (6379)
Bei Antwort oder Zahlungen bitte angeben

Datum: 29.08.2005

K l a g e

der Frau Jessica Schellenberg, Klever Str. 33, 44141 Dortmund,.

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Rosemann & Partner,
Prinz-Friedrich-Karl-Str. 23, 44135 Dortmund

g e g e n

Frau Dagmar Zelinski, Buchenweg 3, 44217 Dortmund,

- Beklagte -

wegen: Schadensersatz und Schmerzensgeld
Streitwert: (vorläufig geschätzt) 5.001,00 Euro

Prinz-Friedrich-Karl-Str. 23
44135 DORTMUND
Tel. (0231) 2 71 89
und 2 71 41
Fax (0 28 71) 28 34 81

Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99)
Kto.-Nr. 440 628

Deutsche Bank Dortmund
(BLZ 440 700 50)
Kto.-Nr. 32 078 342

Commerzbank Dortmund
(BLZ 440 400 37)
Kto.-Nr. 832 21 273

Bürozeiten: Mo.-Fr. 8.00 – 12.30 Uhr und 14.00 – 18.00 Uhr
Sprechzeiten nach Vereinbarung

Parkmöglichkeit am Haus

Namens und im Auftrage der Klägerin erheben wir Klage und **b e a n t r a g e n**,

1.) die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin ein in das Ermessen des Gerichts gestelltes Schmerzensgeld für den Zeitraum vom 17.01.2002 bis zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszins seit Rechtshängigkeit zu zahlen;

2.) festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin sämtliche materiellen und immateriellen Schäden - letztere, soweit sie nach dem Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung entstehen - aus dem Unfallereignis vom 17.01.2002 zu bezahlen, soweit die Ansprüche nicht auf Sozialversicherungsträger oder sonstige Dritte übergehen.

Des Weiteren **b e a n t r a g e n** wir,

der Klägerin für den Fall der zu leistenden Sicherheit nachzulassen, diese auch in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer deutschen Großbank oder öffentlichen Sparkasse zu leisten;

für den Fall des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen, ohne mündliche Verhandlung durch Versäumnis- bzw. Annerkenntnisurteil zu entscheiden.

B e g r ü n d u n g :

Die Klägerin begehrt Schadensersatz und Schmerzensgeld aus § 833 Abs. 1, Satz 1 BGB i.V.m. § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB. Die Eintrittspflicht der Beklagten ergibt sich aus ihrer Eigenschaft als Hundehalterin.

Die Klägerin absolvierte mit ihrem Hund „Tapsi“ Anfang 2002 einen Kurs in der Hundeschule „Vier Pfoten“ in Dortmund-Berghofen. Am 17.01.2002 stand die Klägerin nach einer Übungsstunde mit anderen Kursteilnehmerinnen, den nachbenannten Zeuginnen Bergemann, Kötz, Kühne und der Beklagten, zusammen in einer Gruppe. Während sich die Kursteilnehmerinnen unterhielten, tollten derweil deren Hunde unbeaufsichtigt auf dem Übungsgelände der Hundeschule herum. Um ca. 11.15 Uhr wurde die Klägerin von einem der herumtollenden Hunde plötzlich umgerannt und kam zu Fall. Es ließ sich jedoch nicht mehr sicher feststellen, welcher der fünf Hunde die Klägerin umgerannt hat. Sicher ist jedoch, dass der Hund der Klägerin und der Riesenschnauzer der Beklagten namens „Jenny“ bei dem Rudel waren. Wem die drei weiteren Hunde gehörten, konnte nicht festgestellt werden. Die Hunde liefen im Rudel hinter der Klägerin vorbei, wobei einer sie am Standbein gestreift hatte. Hierbei zog sich die Klägerin eine schwerwiegende Knieverletzung zu und musste von einem Rettungswagen zum Krankenhaus gefahren werden.

Beweis: 1.) Zeugnis der Frau Uta Bergemann, Marienstr. 101, 44139 Dortmund,
 2.) Zeugnis der Frau Roswitha Kötz, Schulstr. 85, 44329 Dortmund,
 3.) Zeugnis der Frau Monika Kühne, Moritz-von-Schwind-Str. 1, 44149 Dortmund

Der Krankenwagen brachte die Klägerin zum Marienhospital in Hörde, wo sie geröntgt und stationär aufgenommen wurde. Die Klägerin verblieb dort zwischen dem 17.01.2002 und dem 29.01.2002 in stationärer Behandlung. An ihrem rechten Knie wurden ein Innenmeniskusriss, eine Innenbandruptur, eine nahezu vollständige Ruptur des vorderen Kreuzbandes und eine komplette Ruptur des hinteren Kreuzbandes festgestellt.

Beweis: Schreiben des Marienhospitals Hörde vom 29.01.2002
 - in Kopie als **Anlage K 1** -

Diese Verletzungen machten bislang zwei Operationen am 08.05.2002 und 28.02.2003 mit anschließenden stationären Krankenhausaufenthalten erforderlich. Des Weiteren musste sich die Klägerin aufgrund dieses Vorfalls im Anschluss an die jeweiligen operativen Maßnahmen intensiven krankengymnastischen Nachbehandlungen unterziehen (vom 07.06.2002 bis zum 28.06.2002 und vom 27.03.2003 bis zum 17.04.2003). Eine Arbeitsfähigkeit trat erst mit 01.06.2003 ein.

Beweis: 1.) Schreiben des Marienhospitals Hörde vom 06.06.2002
 - in Kopie als **Anlage K 2** -
 2.) Schreiben des Marienhospitals Hörde vom 26.03.2003
 - in Kopie als **Anlage K 3** -

Trotz dieser operativen Eingriffe ist eine Instabilität des rechten Kniegelenkes verblieben. Die Klägerin leidet auch heute noch an zahlreichen Beschwerden, die auf den Vorfall zurückzuführen sind. So ist die Bewegungsfreiheit des rechten Kniegelenks der Klägerin eingeschränkt, was sich insbesondere beim Hinhocken und beim Treppensteigen bemerkbar macht. Auch hat die Klägerin seitdem Schmerzen nach längerem Sitzen, Wetterfühligkeit und belastungsabhängige Schmerzen des rechten Kniegelenks, die z.B. beim Tragen von Einkaufstaschen oder längerem Stehen auftreten. Durch diese Beeinträchtigungen ist der Klägerin ein erhebliches Maß an Lebensfreude verloren gegangen und sie leidet auch weiterhin sehr unter den Schmerzen.

Beweis: Einholung eines Sachverständigengutachtens

Aktuell fand ein erneuter stationärer Krankenhausaufenthalt in dem Marienhospital in Hörde in der Zeit vom 22.08.2005 bis 26.08.2005 statt. Dabei stellte sich heraus, dass das Knie erneut operiert werden muss. Aufgrund einer akuten Entzündung des Kniegelenkes ist jedoch nicht absehbar, wann diese Operation möglich sein wird. Ob die Operation den gewünschten Erfolg wird bringen können, ist ebenfalls fraglich. Ferner besteht die Möglichkeit von Komplikationen, z.B. einer Infektion des Knies.

Beweis: 1.) vorläufiger Arztbrief des Marienhospitals Hörde vom 26.08.2005

- in Kopie als **Anlage K 4** -

2.) Einholung eines Sachverständigengutachtens

Folglich kann die weitere Entwicklung der Verletzung und auch des Heilungsverlaufs derzeit wegen der bevorstehenden Operation noch nicht abgesehen werden.

Mit Schreiben vom 11.06.2002 wurden gegenüber der Beklagten Schadensersatzansprüche angemeldet. Mit Schreiben vom 25.06.2002 lehnte diese eine Zahlung ab, da nicht feststehe, dass der Hund der Beklagten die Klägerin gestoßen hatte. Außerdem könne nicht ausgeschlossen werden, dass der eigene Hund der Klägerin diese umgerannt habe.

Selbst wenn jedoch nicht feststeht, welcher der Hunde die Klägerin zu Fall brachte, ergibt sich die Haftung der Beklagten aus § 833 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB. Die Anwendbarkeit des § 830 Abs. 1 BGB ist auch nicht deshalb ausgeschlossen, weil möglicherweise der Hund der Klägerin diese anstieß. Denn der Schadenseintritt ist nicht auf das Verhalten eines Hundes alleine zurückzuführen, sondern auf die Gruppe der fünf Hunde, die sich selbst überlassen eine eigene Gruppendynamik entfalteten. Die Hunde sollten sich ja nach der Übungsstunde austoben können. Der Freilauf war von allen Haltern, einschließlich der Beklagten, erwünscht und gewollt.

Beweis: 1.) Zeugnis der Frau Uta Bergemann, b.b.,

2.) Zeugnis der Frau Roswitha Kötz, b.b.,

3.) Zeugnis der Frau Monika Kühne, b.b.

Mithin ist auch keiner der auf der Wiese herumlaufenden Hunde alleine ursächlich für den Schaden gewesen, den die Klägerin erlitt. Daher fällt keine der möglichen Schadensursachen ausschließlich in den Risikobereich der Klägerin, so dass die Vorschrift des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB vorliegend anwendbar ist.

Die Klägerin muss sich allenfalls, gemäß § 254 BGB, ein Mitverschulden von höchstens 20% anrechnen lassen, da sich in dieser Gruppe der insgesamt fünf Hunde auch ihr eigener Hund befand.

Da die Beklagte zuletzt mit Schreiben vom 26.04.2005 eine Schadensregulierung abgelehnt hat, ist nunmehr Klage geboten. Gerichtskosten in ausreichender Höhe liegen per V-Scheck anbei.

Beglaubigt

Rechtsanwalt

(Rosemann), Rechtsanwalt

Vom Abdruck der Anlagen 1 bis 5 wurde abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass diese den angegebenen Inhalt haben und sich aus ihnen weiter nichts ergibt.

**Geschäftsstelle
des Landgerichts**

Geschäfts-Nr.: 15 O 471/05

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Ort und Tag

Dortmund, 15.09.2005

Anschrift und Fernruf

Kaiserstr. 34
44135 Dortmund
02 31 / 926 - 101 10

Frau
Dagmar Zelinski
Buchenweg 3

44217 Dortmund

Beachten Sie bitte die Hinweise auf der **Rückseite**.
Sie können sich dadurch erhebliche Nachteile ersparen.

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Sehr geehrte Frau Zelinski,

in dem Rechtsstreit

Schellenberg ./.. Zelinski

werden Ihnen die anliegende Abschrift der hier am

06.09.2005

eingereichten Klage sowie beglaubigte Abschrift der die Fristsetzung anordnenden richterlichen Verfügung zur Kenntnisnahme übersandt.

Falls Sie eine Verteidigung gegen die Klage beabsichtigen, werden Sie aufgefordert, einen beim einem Amts- oder Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt mit Ihrer Vertretung zu beauftragen. Sie werden ferner aufgefordert, binnen einer **Frist von zwei Wochen** nach Zustellung dieses Schreibens dem Gericht anzuzeigen, ob Sie sich gegen die Klage verteidigen wollen. Die Erklärung, dass Sie sich gegen die Klage verteidigen wollen, können Sie nur durch den zu bestellenden Rechtsanwalt wirksam abgeben.

Für den Fall, dass Sie sich gegen die Klage verteidigen wollen, wird Ihnen ferner aufgegeben, durch den zu bestellenden Rechtsanwalt innerhalb einer **Frist von**

zwei

weiteren Wochen auf die Klage schriftlich zu erwidern, und sich dazu zu äußern,

ob einer Entscheidung der Sache durch den Einzelrichter Gründe entgegenstehen. Diese weitere Frist läuft also

vier

Wochen nach Zustellung dieses Schreibens ab.

Hochachtungsvoll
Auf Anordnung

(Name, Amtsbezeichnung)

**Vom Abdruck der Rückseite dieses
Schreibens wurde abgesehen.**

Vermerk für die Bearbeitung

Die Angelegenheit ist aus anwaltlicher Sicht zu bearbeiten. Dabei sollen auch Überlegungen zur Zweckmäßigkeit des Vorgehens angestellt werden. Zeitpunkt der Begutachtung ist der 04.10.2005.

Sollte eine Frage für beweisheblich gehalten werden, so ist eine Prognose zu der Beweislage (z. B. Beweislast, Qualität der Beweismittel etc.) zu erstellen.

Werden Anträge an ein Gericht empfohlen, so sind diese am Ende des Vortrages auszuformulieren.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Der Bearbeitung ist der zur Zeit der Begutachtung geltende Rechtszustand zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen.

Dem Vortrag liegt die Akte 32 O 233/04, Landgericht Köln, zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

I. Mandantenbegehren:

Zunächst dürfte das Begehren der Mandantin herauszuarbeiten sein. Die Mandantin möchte zum einen eine Antwort auf die Frage, inwieweit die vorliegende Klage im Hinblick auf die zeitliche Begrenzung des geltend gemachten Schmerzensgeldanspruches in Verbindung mit dem Feststellungsantrag zulässig ist. Zum anderen stellt sich die Frage nach der materiell-rechtlichen Lage. Zuletzt ist das weitere Vorgehen zu erörtern.

II. Prozessrechtliches Gutachten

Das Landgericht Dortmund dürfte sachlich, §§ 71 Abs. 1, 23 Nr. 1 GVG, und örtlich, §§ 12, 13 ZPO, zuständig sein.

Bereits der Streitwert des Klageantrags zu 1) dürfte angesichts der Schwere der Verletzung und der Dauer der Beeinträchtigungen 5.000,00 € übersteigen. Ob der seitens der Klägerin geforderte Mindestbeitrag die Untergrenze des Streitwertes bildet (umstritten, vgl. Thomas/Putzo-Putzo, ZPO, 26. Auflage 2004, § 3 Rn. 63 m. w. N.), kann daher dahinstehen.

Die Beschränkung des Schmerzensgeldanspruches auf den Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung dürfte zulässig sein. Zwar ist eine Bemessung des Schmerzensgeldes nach bestimmten, abgrenzbaren Zeitabschnitten unzulässig, da es sich bei dem Anspruch auf Schmerzensgeld um einen einheitlichen Anspruch handelt (Palandt-Heinrichs, BGB, 64. Auflage 2004, § 253, RN 18). Die Rechtsprechung macht von diesem Grundsatz jedoch dann Ausnahmen, wenn die Schadensentwicklung noch nicht abgeschlossen ist und die Möglichkeit weiterer, noch nicht überschaubarer Spätfolgen besteht (Palandt-Heinrichs, a.a.O., § 253 RN 28). Da sich die Klägerin noch zumindest einer weiteren Operation wird unterziehen müssen, deren Ausgang ungewiss ist und der bestimmte Risiken (Infektionen, Wundheilungsstörungen, etc.) immanent sind, dürfte vorliegend die Begrenzung des Anspruchs zulässig sein. Auch gegen die Zulässigkeit des Klageantrages zu 2) dürften somit keine Bedenken bestehen, insbesondere ist das erforderliche Feststellungsinteresse gegeben.

III. Materiell-rechtliches Gutachten

1. Haftung der Mandantin aus § 833 Abs. 1 Satz 1 BGB

Der Klägerin dürfte kein Schmerzensgeldanspruch aus § 833 Abs. 1 Satz 1 BGB gegen die Mandantin zustehen.

Zwar liegen die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 833 Abs. 1 Satz 1 BGB wohl vor. Die Verletzung der Klägerin dürfte „durch ein Tier“ im Sinne des § 833 Abs. 1 BGB verursacht worden sein. Dadurch, dass die Klägerin von einem der Hunde angestoßen und zu Fall gebracht wurde, hat sich vorliegend die spezifische Tiergefahr, das heißt die durch die Unberechenbarkeit tierischen Verhaltens hervorgerufene Gefährdung von Leben und Gesundheit Dritter, verwirklicht. Die Klägerin hat sich dadurch nicht unerheblich verletzt, so dass die Halterhaftung nach § 833 Abs. 1 Satz 1 BGB grundsätzlich eingreift. Dabei kann es wohl dahinstehen, ob tatsächlich der Hund der Mandantin die Klägerin anstieß. Ausreichend für den im Rahmen des § 833 Abs. 1 Satz 1 BGB erforderlichen Zurechnungszusammenhang ist, dass das tierische Verhalten mitursächlich für den eingetretenen Erfolg war, wobei auch ein mittelbarer Ursachenzusammenhang genügt (Palandt-Sprau, a.a.O., § 833, RN 8 m.w.N.). Das spezielle Lauf- und Jagdverhalten eines Rudels spielender Hunde setzt jedoch zwingend ein „Miteinander“ der Hunde voraus. Verwirklicht sich die daraus resultierende Tiergefahr, so sind hierfür alle Tiere des Rudels jedenfalls mitverantwortlich (so OLG Köln in der diesem Vortrag zugrunde liegenden Entscheidung; ähnlich OLG Hamm, Urteil vom 03.07.1991, nachgewiesen bei juris Nr. KORE518259300; steht den Kandidaten nicht zur Verfügung).

Ein Rückgriff auf § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB ist nach der hier vertretenen Ansicht nicht erforderlich. Kandidaten, die dieser Auffassung nicht folgen, müssten jedoch dessen Voraussetzungen prüfen und insbesondere die Frage erörtern, ob die Zweifelsregelung des § 830 Abs. 1 Satz 2 BGB auch dann Anwendung findet, wenn und soweit der Geschädigte selbst möglicherweise den Schaden mit verursacht hat. Dies dürfte für den Fall der Tierhalterhaftung, d.h. im Falle der möglichen Mitverursachung durch das eigene Tier, zu bejahen sein (so auch Palandt-Sprau, a.a.O., § 833, RN 13). Die mögliche Mitverursachung wäre danach als Mitverschulden gem. § 254 BGB zu berücksichtigen.

Die Tierhalterhaftung aus § 833 Abs. 1 Satz 2 BGB dürfte jedoch hinter dem weit überwiegenden Mitverschulden der Klägerin zurücktreten. Auch die Gefährdungshaftung kann gegenüber grobem, im Vordergrund stehenden Verschulden des Geschädigten entfallen (Palandt-Heinrichs, a.a.O., § 254, RN 69). Bereits das Verhalten der Klägerin selbst dürfte als grobes Verschulden zu werten sein. So waren ihr die von dem spielenden Rudel ausgehenden Gefahren spätestens seit dem ersten Vorfall, bei welchem die Klägerin noch nicht verletzt wurde, bekannt. Auch diesen hat sie nicht zum Anlass genommen, sich von dem Rudel zu entfernen oder dessen Treiben Einhalt zu gebieten. Darüber hinaus war auch der Hund der Klägerin Teil des Rudels und daher mitursächlich für das Verhalten der Gruppe. Der Klägerin ist daher auch insoweit ein Mitverschulden gem. § 254 BGB anzulasten (Palandt-Sprau, a.a.O., § 833 RN 13). In der Gesamtschau dürfte daher die Gefährdungshaftung der Mandantin angesichts des überwiegenden Mitverschuldens der Klägerin entfallen.

Bei entsprechender Argumentation erscheint es auch gut vertretbar, einen Haftungsausschluss unter dem Gesichtspunkt des „Handelns auf eigene Gefahr“ anzunehmen. Der Umstand, dass sich der Geschädigte bewusst und aus vorwiegend eigenem Interesse Risiken ausgesetzt hat, die über die gewöhnliche Tiergefahr hinausgehen, lässt die Haftung des Tierhalters entfallen (Palandt-Sprau, a.a.O., § 833, RN 1; § 254, RN 32 ff). Es dürfte vertretbar sein, die von einem ganzen Rudel spielender Hunde ausgehende Gefahr als die normale, von einem einzelnen Hund ausgehende, Tiergefahr deutlich übersteigend einzuordnen (so auch das Landgericht Köln in dem diesem Vortrag zugrunde liegenden Verfahren).

2. Haftung der Mandantin aus § 823 Abs. 1 BGB

Die Mandantin dürfte sich auch nicht dadurch schadensersatzpflichtig gemacht haben, dass sie es unterließ, ihren Hund nach dem ersten Vorfall von dem Rudel fernzuhalten und anzuleinen. Insoweit fehlt es bereits an der objektiven Pflichtwidrigkeit, da es allen Beteiligten ersichtlich darauf ankam, die Hunde frei laufen zu lassen. Im Übrigen gilt hinsichtlich des Mitverschuldens das oben Gesagte.

IV. Weiteres Vorgehen

Der Mandantin ist nach der hier vertretenen Auffassung anzuraten, innerhalb der gesetzten Frist Verteidigungsbereitschaft anzuzeigen. In einem (weiteren) Schriftsatz innerhalb der 4-Wochen-Frist sollte der von der Mandantin geschilderte erste Vorfall in das Verfahren eingebracht und die angegebenen Zeuginnen benannt werden.